

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 11 16

Für das budgetierte Kapitel 11 16 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. Mehreinnahmen bei 119 10 und Isteinnahmen bei 235 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10, 681 10 und 812 10.
5. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 681 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Justizministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

| Titel | Fkt | Zweckbestimmung | Verpflichtungs- ermächtigung 2016 2015 | Ansatz 2016 | Ansatz 2015 | + = mehr - = weniger | Ist 2014 |
|--------------------------|-----|--|---|----------------|----------------|-------------------------|-------------|
| 1 | 2 | 3 | 1000 EUR | 1000 EUR | 1000 EUR | 1000 EUR | 1000 EUR |
| | | | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| E I N N A H M E N | | | | | | | |
| 112 10-8 | 051 | Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen <i>*** Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.</i> | | 50.751 | 50.339 | +412 | 51.477 |
| 119 10-2 | 051 | Sonstige Verwaltungseinnahmen | | 170 | 125 | +45 | 328 |
| 235 10-2 | 051 | Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und anderer Träger im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung | | — | — | — | 20 |
| A U S G A B E N | | | | | | | |
| 412 10-1 | 051 | Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer | — | 333 | 333 | — | 310 |
| 422 10-7 | 051 | Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i> | — | 55.313 | 54.241 | +1.072 | 39.966 |
| 427 10-9 | 051 | Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige | — | 180 | 147 | +33 | 812 |
| 428 10-5 | 051 | Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | — | — | — | — | 12.756 |
| 459 10-8 | 051 | Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) | — | 3.504 | 3.504 | — | 2.989 |
| 459 11-6 | 051 | Sonstige personalbezogene Ausgaben | — | 392 | 392 | — | 89 |
| 511 10-0 | 051 | Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände | — | 3.272 | 3.263 | +9 | 3.115 |
| 514 10-9 | 051 | Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen | — | 15 | 15 | — | 8 |
| 517 10-8 | 051 | Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume | — | 2.138 | 2.138 | — | 2.138 |
| 518 10-4 | 051 | Mieten und Pachten | — | 100 | 100 | — | 101 |
| 519 10-0 | 051 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen | — | 90 | 90 | — | 512 |
| 525 10-0 | 051 | Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung <i>*** Beträge, die für Teilnehmerinnen oder Teilnehmer anderer Verwaltungen an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen oder Veranstaltungen der Personal- und Organisationsentwicklung der Niedersächs. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i> | — | 211 | 161 | +50 | — |
| 526 10-7 | 051 | Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen | — | 54 | 54 | — | 31 |
| 526 11-5 | 051 | Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten | — | 14 | 14 | — | 11 |

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 1116

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen:

Grundgesetz (Auftrag) und Gerichtsverfassungsgesetz (Beschreibung von Art und Umfang der Tätigkeiten), Bundes- und Landesgesetz

Verwaltungsaufbau und Budgetplan:

Es sind vorhanden: 1 Oberlandesgericht in Braunschweig, 2 Landgerichte (Braunschweig und Göttingen), 16 Amtsgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig ist das dem Amtsgericht Goslar angegliederte Zentrale Vollstreckungsgericht für das Land Niedersachsen zugeordnet.

Im Bereich der Justizverwaltung nimmt der IT-Sicherheitsbeauftragte der niedersächsischen Justiz - dienstansässig beim Oberlandesgericht Braunschweig - landesweite Aufgaben wahr.

Zielsetzung:

Die Gerichte gewährleisten den grundgesetzlich verankerten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Gewährung von individuellem Rechtsschutz. Durch die Tätigkeit der Gerichte wird für die Allgemeinheit Rechtssicherheit hergestellt in den Bereichen der Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, in Strafverfahren und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie bei der Durchsetzung des festgestellten Anspruchs im Wege der Zwangsvollstreckung.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell:

Dem Budgetierungsmodell liegt eine dreistufige Produkthierarchie zugrunde (Produkt, Produktgruppe, Produktbereich). Der Produktbereich stellt dabei die Veranschlagungsebene dar.

Dabei handelt es sich um:

- Zivilsachen/ Familiensachen
- Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren (OWi-Verfahren)
- Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Verfahren)
- Zwangsvollstreckung mit dem gesondert ausgewiesenen Produktbereich Zentrales Vollstreckungsgericht
- Verwaltung

Für den Finanzierungsbeitrag der Produktbereiche wird ein Durchschnittspreis je Stück ermittelt. Dabei liegen den Produkten, die den Produktbereichen zugeordnet sind, unterschiedliche Erhebungsgrößen zugrunde:

Zivilsachen/ Familiensachen:
Eingänge

Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren:
Eingänge, Anzahl der Verfahren, Bestände, Eingänge und sonstige richterliche Maßnahmen

Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit:
Eingänge, Bestände, Anzahl Urkunden

Zwangsvollstreckung:
Eingänge, Anträge auf Eröffnung, Bestände, Arbeitskraftanteile

Zentrales Vollstreckungsgericht:
Anzahl der Vermögensaukünfte

Der Produktbereich Verwaltung beinhaltet Aufgaben wie allgemeine Verwaltung, Personalverwaltung, Ausbildung, Fortbildung usw. Diesem Produktbereich ist auch ein Kostensammler zugeordnet; der Kostensammler weist die Kosten für die Bereitstellung gemeinsam genutzter Einrichtungen sowie Dienstleistungen für mehrere Dienststellen aus. Aufgrund der Vielfalt der Aufgaben im Produktbereich Verwaltung unterbleibt eine Erfassung der Erhebungsgrößen, da die hieraus gemeinsam zu bildende Leistungsmenge keine Aussagekraft besitzt.

Neben dem Bereichsbudget gibt es eine budgetfreie Zone, die neben den Nutzungsentgelten für Liegenschaften insbesondere auch die der verwaltungsmäßigen Steuerung nicht unterliegenden Auslagen in Rechtssachen und die damit korrespondierenden Einnahmen umfasst.

Leistungsergebnis 2014 und weitere Entwicklung:

Die Entwicklung im Verwaltungsbereich Oberlandesgericht Braunschweig ist grundsätzlich im Rahmen der Planungen verlaufen.

Der Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig ist weiterhin entscheidend an der Fortentwicklung der Budgetierung in der Niedersächsischen Justiz beteiligt. Die eingerichtete Kernarbeitsgruppe, vertreten durch die Präsidenten der Landgerichte Braunschweig, Hildesheim und Osnabrück sowie dem BfDH des Justizministeriums, hat im November 2014 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Arbeitsgruppe empfiehlt die landesweite Einführung einer realen Unterbudgetierung im Sachkostenbereich und einer virtuellen Unterbudgetierung im Personalkostenbereich, wie sie seit 2006 im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig praktiziert wird. Auch die erfolgreich erprobte Erweiterung der Mitwirkung von Richter- und Personalvertretungen durch Einbindung in die Arbeit des institutionalisierten Budgetrats wird befürwortet.

Die mit Beginn des Haushaltsjahres 2012 im hiesigen Geschäftsbereich errichteten Unterbudgetbezirke auf Ebene der Landgerichte Braunschweig und Göttingen, des Amtsgerichts Braunschweig und des Oberlandesgerichts Braunschweig wurden fortgeführt. Das Oberlandesgericht als Verwaltungsbereich schließt weiterhin nur mit den 4 präsidentalen Verwaltungsteilbereichen Unterbudgetverträge ab. Die Verteilung der Sachmittel erfolgt weiterhin auf Amtsgerichtsebene. Daneben erhalten die Verwaltungsteilbereiche ein eigenes Jahresbeschäftigungsvolumen (BV). Auf der Grundlage dieses BV gelten die Personalhaushaltsmittel als virtuell unterverteilt.

Der fünfköpfige Budgetrat mit seinen vier Präsidenten und dem BfDH/ Budgetverantwortlichen des Verwaltungsbereichs fungiert als

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Gremium, in dem Angelegenheiten von grundsätzlicher finanzieller Bedeutung geklärt werden. Die Einbindung des Bezirksrichterrats und Bezirkspersonalrates in die Entscheidungsprozesse erfolgt im Verlauf der Sitzungen.

Der geplante, aufgrund der räumlichen Enge und des Sanierungsstaus insbesondere in den Bereichen Hauselektrik und Brandschutzmaßnahmen dringend notwendige Umzug des Oberlandesgerichts in das bereits teilweise leerstehende Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung in Braunschweig wurde kontinuierlich vorangetrieben.

Die durch extreme Raumnot und zunehmend auftretende gesundheitsgefährdende Nässebildungen in den Kellerräumen mehrerer Gerichte erforderlich gewordene Mikroverfilmung von archivgelagerten Akten durch das AG Braunschweig bindet Personal in einer konstanten Größenordnung von 6 VZE in der mittleren Beschäftigungsebene. Erhebliche Beträge werden jährlich in die Ausstattung der Mikrofilmstelle investiert, um durch einen aktuellen technischen Standard das notwendige Leistungspotential abrufen zu können. Darüber hinaus ist die bauliche Prüfung eingeleitet worden, ob u.a. für nicht mikroverfilmend geeignete notarielle Urkunden eine bezirkszentrale Archivierungsstelle in dem Gebäude der ehemaligen Sozialtherapeutischen Anstalt auf dem Gelände des Amtsgerichts Bad Gandersheim eingerichtet werden kann.

Aufgrund der zu geringen Haushaltsmittel für „bauliche und Unterhaltungsaufwendungen“ sind erneut Beträge in Höhe von über 500.000 EUR aus dem budgetierten Ansatz entnommen worden, um dringlichste Maßnahmen vornehmen zu können. Eine entsprechende Entwicklung zeichnet sich auch für die nächsten Jahre ab.

Für ein bei dem Landgericht Göttingen anhängiges Großverfahren sind weiterhin erhebliche Personalmittel (drei Kammern mit Serviceeinheiten und Justizwachtmeistern) als auch Sachmittel bereitgestellt worden.

Die Auslandskontakte mit der Justiz in Breslau wurden sowohl im richterlichen als auch im nichtrichterlichen Bereich durch mehrtägige gegenseitige Besuche weiter intensiviert. Auch die Partnerschaft mit dem Bezirksgericht Perm konnte weiter ausgebaut werden. Um diese völkerverbindende Partnerschaft auch zukunftsfähig zu pflegen, ist es erforderlich, vermehrt junge Kolleginnen und Kollegen in das Projekt einzubinden.

Seit 2013 besteht das Zentrale Vollstreckungsgericht in Goslar. In der zweiten Jahreshälfte 2014 wurde eine erste Organisationsuntersuchung eingeleitet. Ergebnisse und Erkenntnisse liegen noch nicht ausgewertet vor.

Zur Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften im nichtrichterlichen Bereich ist regelmäßig Präsenz bei einer Vielzahl von Veranstaltungen zur Berufsorientierung in Schulen, Arbeitsagenturen und Ausbildungsmessen erforderlich. Insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung und dem Konkurrenzbegehren anderer Arbeitgeber müssen bei diesen Veranstaltungen bis zu 8 Bedienstete eingesetzt werden. Darüber hinaus bieten die Gerichte erheblich mehr als in vergangenen Jahren Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler an. Auch dieses Angebot bindet nicht unerhebliche Personalressourcen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

| Produkte | Leistungs- menge -Stück- (Soll) 2016 | Zielkosten -EUR- (Soll) 2016 | Gesamt- zielkosten -EUR- (Soll) 2016 | Leistungs- menge -Stück- (Soll) 2015 | Zielkos- ten -EUR- (Soll) 2015 | Leistungs- menge -Stück- (Ist) 2014 | Kosten -EUR- (Ist) 2014 | Leistungs- menge -Stück- (Soll) 2014 | Kosten -EUR- (Soll) 2014 |
|--------------------------------------|--|---------------------------------------|--|--|--|---|----------------------------------|--|-----------------------------------|
| Zivilsachen/ Familiensachen | 40.600 | 548,74 | 22.279.000 | 42.100 | 551,02 | 36.371 | 22.464.241 | 40.798 | 21.420.146 |
| Strafsachen/ OWi-Verfahren | 62.900 | 225,06 | 14.156.000 | 65.600 | 221,10 | 59.497 | 14.125.657 | 66.205 | 13.520.088 |
| FGG-Verfahren | 154.400 | 112,87 | 17.427.000 | 154.100 | 111,43 | 154.357 | 17.686.426 | 154.251 | 15.783.074 |
| Zwangs- vollstreckung | 66.700 | 139,11 | 9.279.000 | 71.000 | 132,52 | -* | -* | -* | -* |
| Zentrales Voll- streckungsgericht | 69.400 | 5,23 | 363.000 | 51.200 | 6,56 | -* | -* | -* | -* |
| Verwaltung** | 1 | 14.107.000 | 14.107.000 | 11.000 | 1.113,91 | 11.852 | 11.301.863 | 12.029 | 11.665.034 |
| | | | 77.611.000 | | | | | | |

* Ab dem Haushaltsjahr 2015 wird das landesweit zuständige Zentrale Vollstreckungsgericht nicht mehr unter dem Produkt Zwangsvollstreckung geführt, sondern als eigener Produktbereich abgebildet.

** Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Leistungsmenge zum Produktbereich Verwaltung aufgrund der Vielfalt der unterschiedlichen Aufgaben nicht mehr dargestellt.

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

| | Gesamtzielkosten -EUR- (Soll) 2016 | Eigenerlöse -EUR- (Soll) 2016 | Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt -EUR- (Soll) 2016 |
|---------------------------------|---|--|--|
| Zivilsachen/ Familiensachen | 22.279.000 | | 22.279.000 |
| Strafsachen/ OWi-Verfahren | 14.156.000 | | 14.156.000 |
| FGG-Verfahren | 17.427.000 | | 17.427.000 |
| Zwangsvollstreckung | 9.279.000 | | 9.279.000 |
| Zentrales Vollstreckungsgericht | 363.000 | | 363.000 |
| Verwaltung | 14.107.000 | 170.000 | 13.937.000 |
| Sonstige Eigenerlöse | | | |
| Produktsumme | 77.611.000 | 170.000 | 77.441.000 |
| Haushaltsausgleich | 0 | 0 | 0 |
| Gesamtsumme | 77.611.000 | 170.000 | 77.441.000 |

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

| Überleitungsrechnung | | Einnahmen (0-3) | | | | | Ausgaben (4-9) | | | | | HH- Abgl. |
|--|----------|-----------------|--------|---|---|--------|----------------|-------|----|----|-------|--------------|
| Bereichshaushalt (Produkte) | Tsd. EUR | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | |
| + Verwaltungserträge | 16 | | 16 | | | | | | | | | |
| + Erträge aus Erstattungen | 55 | | 55 | | | | | | | | | |
| +/- Bestandsveränderungen | 0 | | | | | | | | | | | |
| + sonstige betriebliche Erträge | 99 | | 99 | | | | | | | | | |
| = Erträge | 170 | | | | | | | | | | | |
| - Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern | 55.879 | | | | | 55.493 | | | | | | 386 |
| - Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten | 15.094 | | | | | | | | | | | 15.094 |
| - sonstige Personalaufwendungen | 454 | | | | | 392 | | | | | | 62 |
| = Personalaufwendungen | -71.427 | | | | | | | | | | | |
| - Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung | 953 | | | | | | 1.033 | | | | | -80 |
| - Aufwendungen Kommunikation und Reisen | 2.048 | | | | | | | 2.041 | | | | 7 |
| - Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung | 2.098 | | | | | | | 2.090 | | | | 8 |
| - Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter | 514 | | | | | | | 514 | | | | |
| - Erstattungen u. sonstige Aufwendungen | 176 | | | | | | | 141 | 35 | | | |
| - Abschreibungen | 395 | | | | | | | | | | | 395 |
| = Sachaufwendungen | -6.184 | | | | | | | | | | | |
| = Aufwendungen | -77.611 | | | | | | | | | | | |
| = Ergebnis nach eigenen Erträgen | -77.441 | | | | | | | | | | | |
| + Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt | 77.441 | | | | | | | | | | | 77.441 |
| = Ergebnis nach Landeszuschuss | 0 | | | | | | | | | | | |
| + Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen | 0 | | | | | | | | | | | |
| - Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen | 0 | | | | | | | | | | | |
| = Finanzergebnis | 0 | | | | | | | | | | | |
| + außerordentliche Erträge | 0 | | | | | | | | | | | |
| - außerordentliche Aufwendungen | 0 | | | | | | | | | | | |
| +/- Haushaltsausgleich | 0 | | | | | | | | | | | |
| = außerordentliches Ergebnis | 0 | | | | | | | | | | | |
| = neutrales Ergebnis | 0 | | | | | | | | | | | |
| = Gesamtergebnis | 77.441 | | | | | | | | | | | |
| - Investitionen der Hauptgruppe 5 | 272 | | | | | | 272 | | | | | |
| - Investitionen der Hauptgruppe 8 | 88 | | | | | | | | | 88 | | |
| = Einnahmen und Ausgaben des Budgets | | 0 | 170 | 0 | 0 | 55.885 | 6.091 | 35 | 0 | 88 | | |
| +/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets | | 0 | 50.751 | 0 | 0 | 3.837 | 49.166 | 470 | 0 | 0 | 5.545 | |
| = Kapitelsumme | | 0 | 50.921 | 0 | 0 | 59.722 | 55.257 | 505 | 0 | 88 | 5.545 | |

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

| Ansatz 2016 | Ansatz 2015 | Ist 2014 | Ansatz 2014 |
|-------------|-------------|----------|-------------|
| 1.140,30 | 1.138,98 | 1.131,02 | 1.140,75 |

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

| Kennzahlen | Plan 2016 | Plan 2015 | Ist 2014 | Plan 2014 |
|--|-----------|-----------|----------|-----------|
| Oberlandesgericht Braunschweig | | | | |
| Zivilprozesssachen-Berufungsverfahren | | | | |
| - Eingänge | 600 | 900 | 585 | 740 |
| - Erledigungen | 640 | 650 | 626 | 670 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 10,2 | 10,0 | 10,7 | 9,6 |
| Familiensachen-Berufungsverfahren | | | | |
| - Eingänge | 550 | 600 | 549 | 650 |
| - Erledigungen | 600 | 650 | 561 | 660 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 6,0 | 6,4 | 5,8 | 6,4 |
| Strafverfahren-Revisionsinstanz | | | | |
| - Eingänge | 80 | 80 | 84 | 80 |
| - Erledigungen | 80 | 80 | 82 | 85 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,2 |
| Landgerichte Braunschweig + Göttingen | | | | |
| Zivilprozesssachen erste Instanz | | | | |
| - Eingänge | 4.000 | 5.500 | 3.813 | 5.500 |
| - Erledigungen | 3.800 | 5.000 | 3.831 | 4.500 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 9,2 | 9,0 | 9,5 | 9,4 |
| Zivilprozesssachen-Berufungsinstanz | | | | |
| - Eingänge | 760 | 800 | 750 | 860 |
| - Erledigungen | 770 | 800 | 765 | 830 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 6,6 | 6,5 | 6,9 | 6,2 |
| Strafverfahren erste Instanz | | | | |
| - Eingänge | 210 | 200 | 213 | 220 |
| - Erledigungen | 210 | 200 | 216 | 210 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 5,5 | 5,7 | 5,5 | 5,7 |
| Strafverfahren-Berufungsinstanz | | | | |
| - Eingänge | 580 | 600 | 583 | 670 |
| - Erledigungen | 590 | 580 | 597 | 680 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 4,2 | 4,5 | 4,2 | 4,4 |
| Amtsgerichte des OLG-Bezirks | | | | |
| Zivilprozesssachen | | | | |
| - Eingänge | 15.500 | 16.000 | 15.321 | 16.700 |
| - Erledigungen | 15.600 | 15.500 | 15.262 | 17.100 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 4,7 | 4,8 | 4,6 | 4,9 |
| Familiensachen | | | | |
| - Eingänge | 11.000 | 11.000 | 10.945 | 11.200 |
| - Erledigungen | 11.500 | 10.900 | 11.136 | 11.800 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 7,3 | 7,5 | 7,5 | 7,3 |
| Strafverfahren | | | | |
| - Eingänge | 9.700 | 10.000 | 9.638 | 11.200 |
| - Erledigungen | 9.500 | 10.500 | 9.383 | 11.200 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 4,4 | 4,0 | 4,5 | 4,0 |
| Bußgeldsachen | | | | |
| - Eingänge | 6.000 | 6.000 | 5.985 | 6.400 |
| - Erledigungen | 6.100 | 6.000 | 6.147 | 6.400 |
| - durchsch. Verfahrensdauer in Monaten | 2,5 | 2,5 | 2,6 | 2,4 |

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

| Kennzahlen | Plan 2016 | Plan 2015 | Ist 2014 | Plan 2014 |
|--|-----------|-----------|----------|-----------|
| Am Jahresende anhängige Betreuungen | 27.000 | 27.500 | 26.085 | 27.400 |
| Nachlasssachen | 8.500 | 9.000 | 8.406 | 9.800 |
| Eigentumsveränderungen im Grundbuch | 28.000 | 29.000 | 28.217 | 28.600 |
| Sonstige Eintragungen und Löschungen im Grundbuch | 56.000 | 57.000 | 56.281 | 56.300 |
| Am Jahresende im Handelsregister eingetragene GmbH's | 12.800 | 12.500 | 12.786 | 12.100 |
| Regelinsolvenzverfahren | 1.150 | 1.200 | 1.143 | 1.300 |
| Verbraucherinsolvenzverfahren | 2.200 | 2.500 | 2.123 | 2.500 |
| Sonstige Vollstreckungssachen | 36.000 | 45.000 | 35.820 | 49.700 |

Zu 112 10

1. Gerichtskosten

Hierzu gehören auch

- die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).

2. Sicherheitsleistungen

Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO.

Zu 422 10

Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die EG 8 eingruppiert.

Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Braunschweig und Göttingen und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die EG 6 eingruppiert. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Hausdienstvergütung entsprechend Entgeltgruppe 3 gem. AV d. MJ v. 21.5.2014 – Nds. Rpf. S. 182 –.

Zu 427 10

Veranschlagt sind u.a. Lehrvergütungen für die gemäß § 15 NJAVO eingerichteten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 20.1.2006 (Nds. MBl. S. 101) zu beachtenden Vorschriften.

Zu 459 10

Veranschlagt sind die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern aufgrund

1. der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 01.12.1998 (Nds. GVBl. S. 703) in der jeweils geltenden Fassung sowie
 2. der Vollstreckungsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.01.2003 (BGBl. I S. 8)
- zu gewährenden Entschädigungen.

Die zur Abgeltung der Bürokosten gewährte Entschädigung wird in Höhe von 30 v. H. als Aufwandsentschädigung gezahlt.

Zu 511 10

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 265 EUR.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert

| Titel | Fkt | Zweckbestimmung | Verpflichtungs- ermächtigung 2016 2015 | Ansatz 2016 | Ansatz 2015 | + = mehr - = weniger | Ist 2014 |
|-------------------------------|-----|--|---|----------------|----------------|-------------------------|-------------|
| 1 | 2 | 3 | 1000 EUR | 1000 EUR | 1000 EUR | 1000 EUR | 1000 EUR |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 527 10-3 | 051 | Reisekostenvergütungen für Dienstreisen und Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen | — | 110 | 110 | — | 127 |
| 529 10-6 | 051 | Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts | — | — | — | — | 0 |
| 532 11-5 | 051 | Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte | — | 11.500 | 12.375 | -875 | 9.581 |
| 532 12-3 | 051 | Zeugenentschädigungen | — | 681 | 793 | -112 | 680 |
| 532 13-1 | 051 | Sachverständigenentschädigungen | — | 10.926 | 11.060 | -134 | 10.745 |
| 532 14-0 | 051 | Untersuchungs- und Unterbringungskosten | — | 1.332 | 1.145 | +187 | 1.332 |
| 532 15-8 | 051 | Bekanntmachungskosten | — | 327 | 380 | -53 | 326 |
| 532 16-6 | 051 | Sonstige Verfahrensauslagen | — | 327 | 130 | +197 | 326 |
| 532 17-4 | 051 | Reisekosten des Gerichts | — | 29 | 28 | +1 | 29 |
| 532 18-2 | 051 | Kosten der Beratungshilfe | — | 1.930 | 2.216 | -286 | 1.807 |
| 532 19-0 | 051 | Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes | — | 19.057 | 17.655 | +1.402 | 17.457 |
| 532 20-4 | 051 | Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung | — | 3.057 | 3.067 | -10 | 3.057 |
| 547 10-4 | 051 | Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben | — | 87 | 87 | — | 149 |
| 681 10-2 | 051 | Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen <i>*** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i> | — | 35 | 35 | — | 5 |
| 681 11-0 | 051 | Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen | — | 470 | 433 | +37 | 469 |
| 812 10-0 | 051 | Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen | — | 88 | 88 | — | 385 |
| 981 11-4 | 891 | Abführung an 13 21 - 381 11 | — | 5.545 | 5.545 | — | 5.544 |
| Abschluss Kapitel 1116 | | | | | | | |
| | | 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen | | 50.921 | 50.464 | +457 | |
| | | 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | | — | — | — | |
| | | Summe der Einnahmen | | 50.921 | 50.464 | +457 | |
| | | 4 Personalausgaben | — | 59.722 | 58.617 | +1.105 | |
| | | 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst | — | 55.257 | 54.881 | +376 | |
| | | 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | — | 505 | 468 | +37 | |
| | | 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen | — | 88 | 88 | — | |
| | | 9 Besondere Finanzierungsausgaben | — | 5.545 | 5.545 | — | |
| | | Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben | — | 121.117 | 119.599 | +1.518 | |
| | | Zuschuss | | 70.196 | 69.135 | +1.061 | |

ERLÄUTERUNGEN

Zu 532 12

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2014.

Zu 532 14

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2014.

Zu 532 15

Weniger in Anpassung an das Istergebnis 2014.

Zu 532 16

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2014.

Zu 532 18

Weniger infolge Anpassung an das Istergebnis 2014 unter Berücksichtigung der Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes.

Zu 532 20

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

Zu 681 11

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

Zu 812 10

| | in 1000 EUR |
|--|-------------|
| Ersatzbeschaffungen: | |
| Austausch Schrankenanlagen Landgericht Göttingen | 13 |
| Digitale Diktiertechnik Amtsgericht Göttingen | 7 |
| Ausstattungsgegenstände Amtsgericht Salzgitter | 17 |
| Ausstattungsgegenstände Amtsgericht Wolfenbüttel | 15 |
| Ausstattungsgegenstände für den IT-Sicherheitsbeauftragten beim OLG Braunschweig | 8 |
| Zusammen | 60 |
| Ergänzungsbeschaffungen: | |
| Aktentransportwagen Amtsgericht Braunschweig | 8 |
| Besucherstühle Landgericht Braunschweig | 10 |
| Videogegensprechanlage Landgericht Göttingen | 10 |
| Zusammen | 28 |

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

